



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/23 - 27. Januar 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Zur neuen russischen Initiative	S. 1
Der Konflikt um Zypern	S. 3
Zur Nachkriegsentwicklung der KP	S. 5
Menzel antwortet Sternberger	S. 7

Bulganin und Eisenhower neu im Gespräch

sp. Eine kritische Würdigung des Bulganin-Briefes an Präsident Eisenhower wird erst möglich sein, wenn das Schreiben im Wortlaut vorliegt. Auf ihn wird es sehr genau ankommen. Nur allzuoft hat man in der Vergangenheit bei der Bewertung russischer Noten oder anderer Dokumentationen vorschnell geurteilt und verurteilt und häufig selbst den vollkommenen Text nicht gründlich genug studiert.

Zunächst ist man bei dem Brief des russischen Regierungschefs also auf Vermutungen angewiesen, mit Ausnahme der offiziellen Mitteilung aus Washington, der Brief enthalte gewisse Gedanken, die der russische Ministerpräsident den Präsidenten Eisenhower hat, "im Interesse der Förderung des Weltfriedens näher zu erwägen". Die Ostexperten des State Department haben sich gründlich mit dem Inhalt befasst, die Angelegenheit ist vor dem engeren Kabinettsausschuss, dem Nationalen Sicherheitsrat, bereits besprochen und auch der britische Premier und sein Außenminister sind über die Grundzüge des Schreibens unterrichtet worden, ehe sie in den USA eintreffen.

Einen zuverlässigen Hinweis auf den Inhalt dürfte die dreistündige Unterredung des KP-Chefs Chruschtschow mit dem ehemaligen Direktor der Wiederaufbauorganisation der Vereinten Nationen in der Ukraine, McDuffee, geben. Chruschtschow bestätigte bei dieser Gelegenheit ausdrücklich die friedliche Gesinnung Eisenhowers und bezog in dieses freundliche Urteil auch den britischen Premier sowie den amtierenden

französischen Ministerpräsidenten Faure mit ein. Er sagte, man müsse zu einer Abrüstung kommen und darüber nachdenken, wie ein neuer Krieg vermieden werden könne. Bei der engen Vertrautheit der beiden russischen Führer ist es selbstverständlich, dass solche Äusserungen des einen direkten Bezug auf die Ansichten des anderen haben, wie sie in dem Schreiben an Eisenhower ihren Niederschlag gefunden haben dürften.

Nach den vorliegenden Deutungen, die zum Teil auf echten Informationen beruhen mögen, umfasst das Schreiben das ganze Gebiet der zwischen den USA und der Sowjetunion bestehenden Konfliktstoffe. Dazu gehören, zum Teil in enger Anlehnung an die Problematik der zweiten Genfer Konferenz: neue Verhandlungen der Grossmächte über die europäische Sicherheit und angeblich auch über die deutsche Wiedervereinigung, sowie die Notwendigkeit weiterer West-Ost-Gespräche zur Verringerung der internationalen Spannungen im allgemeinen.

Als Kern der letzten Sorge schält sich immer deutlicher das Abrüstungsproblem heraus und in seinem Rahmen die Möglichkeit, das atomare Wettrüsten einzuschränken und schliesslich einzustellen. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass die Sowjetunion ihre Teilnahme an der Ausarbeitung eines Statutenentwurfes für eine internationale Atomenergiebehörde zugesagt hat. Diesen Plan hat Eisenhower selbst noch vor der ersten Genfer Konferenz in einer Rede entwickelt, die damals viel Aufsehen erregte. Der Grundgedanke ist, alle Grossmächte sollten Ausgangsmaterial für die Gewinnung von Atomenergie zur Verfügung stellen und die so gewonnenen Energien für die unterentwickelten Gebiete zu verwenden.

Vielleicht stellt die neue sowjetische Initiative gerade in diesem Augenblick den Versuch dar, zu verhindern, dass die Beziehungen zwischen Westen und Osten wieder in den Zustand der Erstarrung zurückfallen, der den Kalten Krieg auf seinem Höhepunkt kennzeichnete, denn dieser Zustand ist im Zeitalter der Wasserstoffbombe für beide Teile lebensbedrohend. Das weiss man in Moskau sowohl wie in Washington. Freilich sollte sich jede der beiden Seiten auch darüber im klaren sein, dass der Weg aus dieser Bedrohung nicht nur auf Kosten des Gegenspielers gegangen werden kann.

Zypern vor einer Lösung?

(Von unserem Nahost-Korrespondenten).

Die Zypernfrage, die schon seit fast einem Jahr das Interesse der Weltöffentlichkeit in Anspruch nimmt, beginnt langsam für eine Lösung reif zu werden. Selbstverständlich aber wird diese Lösung nur einen kleinen Teil der beiderseitigen Forderungen erfüllen können. Wenn die Zypernfrage schon vor den am 19. Februar stattfindenden griechischen Wahlen geklärt würde, wäre das ohne Zweifel eine Stärkung der vollkommen pro - westlich eingestellten jetzigen Regierungspartei. Die Opposition erstrebt eine Änderung der Aussenpolitik, sie fordert eine grössere Unabhängigkeit im Verhältnis zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten.

Die Insel Zypern, in dieser Zeit die einzige Kolonie in der Welt, die von Weissen bewohnt ist, befindet sich seit Monaten in einem Belagerungszustand. Unter den 83 % der griechischen Bewohner - 17 % sind Türken - sind sich alle einig in ihren Kampf für die Freiheit - ausser den höheren Staatsbeamten und der Polizei. Die Opfer der englischen Besatzungstruppen sind so zahlreich, dass sogar der britische Militär-Gouverneur Marschall Harding, der zur Zeit zur Berichterstattung in London weilt, beim Kolonialministerium eine Revision der britischen Zypernpolitik erzwingen will.

Diese während der ganzen Zeit nicht gerade geschickte Politik der konservativen britischen Regierung gab auch der Labour-Opposition die Waffen in die Hand, die Eden-Regierung dauernd anzugreifen. So haben die intensiven Versuche Großbritanniens, auf der Insel eine separatistische Bewegung anzufachen, um Zypern für immer im Commonwealth zu halten, vollständig Schiffbruch erlitten.

Im Juli 1954 erklärte sogar der damalige Staatssekretär im Kolonialministerium, Hoppkinson, dass Zypern zu den Gebieten des britischen Empire gehöre, welche niemals das Recht der Selbstbestimmung erhalten würden. London war damals der Ansicht, dass die Bevölkerung von Zypern "von einem romantischen Nationalismus" ergriffen sei... Aber schon ein Jahr später äusserte McMillan unter dem Druck der erstarkten Freiheitsbewegung, die Jahrtausende zivilisierte Bevölke-

27. 1. 1956

rung hätte doch das Selbstbestimmungsrecht verdient. Er lehnte es aber vollständig ab, zu dem "Wie" oder "Wann" Stellung zu nehmen. Sowohl die britische Opposition wie auch die Führer der griechischen Aufständischen sind sich darin einig, dass dieses Recht auf Selbstbestimmung binnen fünf Jahren verwirklicht werden solle.

Hauptargument Englands für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustands sind die berühmten "strategischen Gründe". Dieses Argument entbehrt aber seiner Grundlage, wenn man bedenkt, dass die griechische Regierung schon im Jahre 1948 erklärt hatte, im Falle eines Anschlusses Zyperns an Griechenland könne diese Frage durch Sondervertrag in der Weise geregelt werden, dass Großbritannien seine Stützpunkte im bisherigen Umfange behalten sollte. In der jetzigen Situation sind die britischen Stützpunkte bedroht, was bei einer freundlichen Einstellung der Bevölkerung, die bei einem Eingehen auf ihre Forderungen ohne weiteres zu erreichen gewesen wäre, bestimmt nicht der Fall wäre.

Die Lage im östlichen Mittelmeer ist ohnehin schon sehr kompliziert. Die Unruhe, die einerseits durch den Bagdad-Pakt und andererseits durch die starre Haltung Englands in der Zypernfrage im Nahen Osten entstanden ist, bringt Unsicherheit für die westlichen Verteidigungsbasen in diesem ganzen Raum und eine Begünstigung der sowjetischen Pläne mit sich. Ausser der Tatsache, dass die britische Nah-Ost-Politik eines Tages überholt sein wird und geändert werden muss, ist aus dieser Situation in der griechischen Bevölkerung eine scharfe Reaktion gegenüber der Türkei erwachsen. Ohne die indirekte Rückendeckung durch England wären die schrecklichen Ausschreitungen in der Türkei gegen die dort lebenden Griechen nicht möglich gewesen. Während noch vor kurzem durch einen UNO-Vertrag die Rechte der türkischen Minderheit auf der Insel hätten gewährleistet werden können, besteht jetzt die Gefahr, dass die gesamte griechische Aussenpolitik gegenüber der Türkei und auch England geändert wird. Das Ergebnis der griechischen Wahlen vom 19. Februar wird diesem Faktor entscheidend Rechnung tragen.

Auf dem Wege in die illegale Phase?

Man schreibt uns:

Die Kommunistische Partei hat seit ihrem organisatorischen Wiederaufbau in der Bundesrepublik drei Entwicklungsphasen durchzumachen gehabt und befindet sich gegenwärtig auf dem Wege zur vierten.

Keine von ihnen entspricht innerorganisatorisch-demokratischen Entscheidungen ihrer Mitglieder oder Führungskreise, sondern, einem sowjetischen Aufmarschplan gemäß, begannen sie zuerst mit der bürgerlich-demokratischen Blickwendung (Ulbricht: "Wir haben die Revolution von 1848 zu vollenden!") und waren besonders zahme Mitarbeiter der Alliierten.

Dann setzte die Phase der SED-Einheit-Ideologie ein. Die freie Welt hat es in der Hauptsache den Sozialdemokraten Dr. Schumacher, Ernst Reuter und Franz Neumann zu verdanken, dass dieser, in der Anlage geschickt geplante und darum gefährlichste Schlag gegen Demokratie, Freiheit und Recht abgewehrt wurde.

So wurde es für die KP notwendig, in die dritte Phase zu gehen, jene Phase, in der sie in Westdeutschland nur zur Basis sporadisch ins Leben gerufener Partnorganisationen wurde. Wenn es dabei auch manchen Berufsrevolutionären nicht immer leicht fiel, sogenannte bürgerliche Kreise, ehemalige Militaristen und Nazis, ja sogar Pazifisten an sich zu ziehen, so gewann doch fast immer die Parteitreu (Moskuehörigkeit) Oberhand bei ihnen.

Wenn es Kommunisten nach 1945 gelang, in Deutschland hier und da eine Rolle zu spielen, dann in erster Linie wegen ihrer häufigen, sehr kurzsichtigen Förderung durch die Alliierten. Wo aber, z.B. beim Wiederaufbau der Gewerkschaften, von Sozialdemokraten die Aufnahme von Kommunisten in die Führung abgelehnt wurde, wandten sich dagegen oft genug die zuständigen Beamtenden der fremden, vor allem der amerikanischen Verwaltung. Im Zuge des Nachlassens der alliierten Kontrolle und der zunehmenden Erkaltung der Beziehungen zwischen Ost und West, wurde den Kommunisten das Ausscheiden aus Ministerien, Verwaltungen und Redaktionen amerikanisch lizensierter Zeitungen relativ leicht, bisweilen sogar zur parteipolitischen Notwendigkeit. Dagegen hielten sie

an den auf gleiche Weise erworbenen betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionen fest.

Im Herbst 1948 erklärte Oskar Müller vor hessischen KP-Vorstandsmitgliedern:

"Auf parlamentarischen Wege ist der Kampf um den Sozialismus und die Befreiung der Arbeiterklasse nicht möglich, also muss die kommunistische Partei in Westdeutschland eine neue Taktik einschlagen."

Und weiter:

"Damit die Partei weiss, welche Kräfte ihr für den aktiven Klassenkampf in Westdeutschland zur Verfügung stehen, wird vom 1. bis 15. Oktober eine Überprüfung und Kontrolle durchgeführt. Dabei müssen alle lauen und unfähigen Funktionäre und KP-Mitglieder ausgeschieden werden. Registriert wird, ob das Mitglied aktiv tätig ist, ob es Mitgliederversammlungen besucht, in welchem Betrieb es arbeitet, ob gewerkschaftlich organisiert, ob es Betriebsfunktionär ist, ob in seinem Betrieb eine kommunistische Betriebsgruppe besteht. Die KP muss wie ein Generalstab ihre Streitkräfte sichten und erfassen. Jeder Kommunist muss Gewerkschafter, jeder Kommunist muss Betriebsfunktionär sein. In den Gewerkschaften und in den Betrieben wird dieser Klassenkampf und die sozialistische Revolution der nächsten Jahre ausgefochten."

Es gab unzählige solcher Direktiven, diese war besonders klar.

Zur Zeit befindet sich die KP, aufs Ganze gesehen, im Übergang in die vierte - illegale - Phase. Die Tarnorganisationen werden ihr Schattendasein weiter fristen. Obwohl die KP inzwischen einsehen musste, dass der Aufwand für die so verschiedenen Organisationen sich im Grunde nicht gelohnt hat, zum mindesten nicht bisher, misst man ihnen doch Bedeutung für den Menschenfang und die Vorbereitung der "Geworbenen" für jede Art von Agententätigkeit bei. Das Abschirmen illegaler Tätigkeit wird dabei eine zusätzliche Nebenaufgabe dieser Tarnorganisation sein. Die letzten Konferenzen kommunistischer Führungsgremien galten bereits ⁱⁿ Wesentlichen der verstärkten Umstellung auf die Illegalität. Dazu gehören eine forcierte organisatorisch-technische Verselbständigung der Grundeinheiten, vor allem der Betriebsgruppen und Zirkel (Stubenversammlungen), zunehmende Gründung von Betriebszeitungen, deren technischer Herstellungs-Apparat dezentralisiert und bei politisch unbelasteten und unbekanntem Personen untergebracht wird. Schon jetzt werden die kommunistischen Tageszeitungen, im Gegensatz zu ihren Anfängen, stärker mit betrieblichem Material versehen.

Obwohl die Verantwortlichkeit weiterhin bei den zuständigen - 7 -

Parteisekretariaten liegt, wird auf die Mitarbeit betriebsgebundener Kräfte, die z.B. die betriebs-berufliche Umgangssprache beherrschen, grösster Wert gelegt. Das Hauptziel ist eine dauernde Koordinierung parteipolitischer Propagandathesen mit einleuchtenden wirtschaftlichen und betrieblichen Forderungen aller Arbeitnehmer. So wird z.B. die altbekannte "Friedens"-propaganda mit aktuellen Tarifforderungen gekoppelt. Damit will man vor allem den Wähler doch auf die kommunistische Linie bringen und ihn gleichzeitig zum Verteidiger gemassregelter KP-Funktionäre machen. Das zeigt sich am klarsten dort, wo ein solcher Betriebsrat oder Gewerkschaftsbevollmächtigter des Missbrauchs seiner Vertrauensstellung zugunsten einseitiger kommunistischer Parteipolitik überführt wurde und seine Kollegen nun aufgefordert werden, den "guten Gewerkschafter und Vertreter von Arbeiterinteressen" in Schutz zu nehmen.

Die ganze Konzeption zeigt viel Verständnis für die Praxis des innenpolitischen Kampfes, gerade auch soweit er im Untergrund geführt werden müsste. Daraus entstehen Gefahren, die man nicht übersehen darf

+ + +

Grabensystem - eine Sabotage des Mehrheitswahlrechtes

"Die Deutsche Wählergesellschaft" hat kürzlich das sogenannte Grabensystem befürwortet. Ihr Vorsitzender, Prof. Dr. Sternberger, hat als Mitherausgeber der "Gegenwart" die gleichen Gedanken dieser Zeitschrift entwickelt. Dazu hat Dr. Walter Menzel, Wahlrechtsspezialist der SPD, in einem Brief an Sternberger u. a. bemerkt:

"Ich habe Verständnis, dass sie in Ihrem Aufsatz Ihren alten Standpunkt über die Prinzipien des Mehrheitswahlrechtes vertreten. Aber ich vermisse in Ihrer Darstellung über das "Grabensystem" den entscheidenden Hinweis, dass dieses System eben kein Mehrheitswahlrecht ist.

Auch für jene 60% der künftigen Bundestagsmandate, die aus den einzelnen Wahlkreisen hervorgehen sollen, besteht die CDU/CSU nach wie vor darauf, die Kandidaten durch Wahlbündnisse zu bestimmen. Wahlbündnisse werden von der Parteibürokratie bestimmt, das führt zu typischen Kartellabreden, was einem "Fanatiker" des Mehrheitswahlrechtes und der Deutschen Wählerschaft ein Grauel sein sollte. Wahlbündnisse stehen in einem klaren Widerspruch zu den Prinzipien des Mehrheitswahlrechtes. Wer immer wieder auf das Vorbild Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten hinweist, sollte nicht verschweigen, dass es dort niemals Wahlbündnisse gegeben hat, und zwar auch nicht in einer Zeit, als es in England mehr als zwei Parteien gab. Mit dem "Grabensystem" wird in

Wirklichkeit eine unechte und vor allem unehrliche Mehrheit vorgegaukelt.

Die Tatsache, dass die CDU/CSU darauf beharrt, Wahlbündnisse abzuschliessen, beweist, dass es ihr lediglich darauf ankommt, durch das von ihr vorgeschlagene Wahlsystem ein Instrument in die Hand zu bekommen, in für sie unsicheren Wahlkreisen durch Wahlbündnisse Mitläufer kleiner Parteien "unterzubringen". Das aber soll natürlich nur für diejenigen kleinen Parteien gelten, die bereit sind, sich bedingungslos der CDU/CSU-Politik zu unterwerfen. Die DP hat im Wahlrechtsausschuss des Bundestages für das "Grabensystem" gesprochen. Sie weiss, dass dieses System ihr rund 80% der Mandate nehmen würde. Die Schlussfolgerungen aus diesem Sachverhalt sind naheliegend.

Mit Stichwahlen sind schon in der Kaiserzeit die kleinsten Parteien gefördert worden. Ihre Chance würde jetzt wieder wachsen. Sie brauchten künftig nicht einmal mehr diejenigen Mindestbedingungen zu erfüllen, die in den beiden Wahlgesetzen von 1949 und 1953 aufgestellt worden waren, um ein Überhandnehmen der kleinen Parteien zu verhindern.

Die jetzigen Wahlkreise sind in der Zahl und in der politischen und sozialen Zusammensetzung verschieden (die Bevölkerungszahlen schwanken zwischen 90.000 und 270.000 Einwohner), dass z.B. die SPD, die vor allem in den grossen Industriewahlkreisen stark vertreten ist, doppelt so viel Stimmen aufbringen müsste, um ein Mandat zu gewinnen, als die CDU in kleineren Wahlkreisen.

Mit dem Kampf um das Wahlrecht wird in der Politik das Kapitel angeschnitten, dessen Ernst und dessen Tragweite den meisten überhaupt noch nicht zum Bewusstsein gekommen ist. Die Öffentlichkeit muss erfahren, dass das "Grabensystem" überhaupt nichts mit den Auseinandersetzungen: Mehrheitswahlrecht - Verhältniswahlrecht zu tun hat. Die zweifellos guten Seiten auch des Mehrheitswahlrechtes würden, wollte man es zum Aushängeschild des "Grabensystems" machen, fürchterlich missbraucht werden.

Sie werden daher verstehen, wenn ich mich mit aller Energie gegen die Behauptung wende, das "Grabensystem" wär ein Schritt näher zum Mehrheitswahlrecht. Es ist in Wirklichkeit eine Sabotage des Mehrheitswahlrechtes."

+ + +

Verantwortlich: Peter Rauneu